

Jörg Roesler,
Dagmar Semmelmann:
Ohne Energie geht gar nichts.
Die ostdeutsche Energiewirtschaft
von den Kombinat zu VEAG
(1980-1990), VEAG Vereinigte
Energiewerke AG, Berlin 2002,
192 S. (15 €)*

Diese Arbeit von Roesler und Semmelmann ragt in mehrfacher Hinsicht, von ihrem Gegenstand her als auch hinsichtlich der Methode, aus der Literatur gleichen Genres heraus. Sie behandelt die Entwicklung der Energiewirtschaft der DDR ab den achtziger Jahren und deren Transformation in die Marktwirtschaft in einer ausgewogenen, sachlichen Art und Weise. Das Buch erscheint zu einem Zeitpunkt, da nach einem langwierigen Konzentrationsprozeß die Hamburgischen Elektrizitätswerke, die BEWAG, die ostdeutschen Kraftwerke und die bedeutenden Braunkohlegruben unter Leitung des schwedischen Hauptaktionärs zum drittgrößten Energiekonzern der BRD namens Vattenfall Europe vereinigt werden.

Zu den Besonderheiten des Buches gehört, daß etwa ein Drittel des Textes aus klug ausgewählten Interviews sowohl des ehemaligen als auch des neuen leitenden Personals, der Akteure der zweiten und dritten Ebene, Meister, Brigadeleiter, Arbeiterinnen und Arbeiter besteht; verbunden mit einer fundierten Analyse und wohlthuend zurückhaltender Kommentierung der Autoren. In einer selbstbewußten, kraftvollen Sprache werden in den Interviews die Situation dieses grundlegenden Zweiges der Volkswirtschaft der DDR, die in dieser Zeit zu bewältigenden Probleme und Schwierigkeiten sowie der steinige Weg der Transformation in die Marktwirtschaft sichtbar gemacht. Das schafft unmittelbar Authentizität. Man muß dabei berücksichtigen, daß sich die Lage dieses Industriezweiges von der anderer unterscheidet: Er ist weitgehend standort- und netzgebunden und konnte bei Erhaltung eines Verbrauchermarktes aufgrund der territorialen Trennung nicht überfallartig durch westdeutsche Konzerne übernommen werden. So kam es, daß auch ein Teil des leitenden Perso-

nals übernommen wurde und zu den Hauptakteuren der Transformation gehörte. Natürlich vollzog sich auch das nicht ohne gravierende Umbrüche und schmerzhaft strukturelle Veränderungen, denn auch der Markt in den neuen Ländern veränderte sich grundlegend. Sowohl aus den analytischen als auch aus den persönlichen Einschätzungen wird deutlich, daß es sich hier von Anfang an um einen zentral gesteuerten, im besten Sinne des Wortes *geplanten* Prozeß gehandelt hat, bei dem mehr als anderswo die eintretenden sozialen Verwerfungen in bestimmtem Maße »abgefedert« werden konnten.

Aus der Lektüre des Buches drängt sich die Schlußfolgerung auf, daß dieser Weg der Transformation, ähnlich wie beim Eisenhüttenkombinat Ost, der Hauptweg – weil werterhaltend und nicht verschleudernd – zur Zusammenführung der Wirtschaftspotentiale der beiden deutschen Staaten hätte sein müssen und können. Ein wesentliches Verdienst dieses Buches besteht deshalb darin, kenntnisreich, sachlich und nüchtern die Alternative gegenüber der Treuhandpolitik des Plattmachens, der Verdrängung der einheimischen Produktion und der feindlichen Übernahme des Absatzmarktes von sechzehn Millionen Menschen durch Konzerne, Handelsketten, Banken und Versicherungen überzeugend darzustellen. Eine wichtige Rolle spielte dabei ein sogenannter »Geschäftsbesorgungsvertrag«, der zwischen Treuhand, den ehemaligen Kombinat und den drei größten westdeutschen Energieerzeugungsunternehmen abgeschlossen wurde. Er diente einerseits der dominanten Wahrung der Interessen der westdeutschen Kontrahenten, ging andererseits aber von der prinzipiellen Erhaltung der Existenz der ostdeutschen Unternehmen und ihrer Versorgungsfunktion für das Gebiet der ehemaligen DDR aus. Damit war klar, wer das Sagen hatte, wobei eine Rolle spielte, daß die übernehmenden westdeutschen Unternehmen als nach dem Zweiten Weltkrieg verstaatlichte, lange mit einem hohen Staatsanteil ausgestattete und mit von den Gewerkschaften erkämpften Mitbestimmungsrechten agierende Konzerne noch von einer gewissen »sozialnahen Unternehmenskultur« geprägt waren.

Damit keine Mißverständnisse aufkommen: Trotz dieser Besonderheiten bleibt im Ergeb-

nis der Transformation die Tatsache, daß die Anzahl der Beschäftigten dieses Wirtschaftszweiges von 27 880 (1990) auf 5 900 Personen (2000) abgeschmolzen wurde. Von westlicher Seite werden in diesem Zusammenhang oftmals die Schlagworte »verdeckte Arbeitslosigkeit, niedrige Produktivität, mangelnde Motivation« ins Spiel gebracht. Im Buch wird dieser Frage nicht ausgewichen. Es heißt dort, »daß in den Braunkohlekraftwerken der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk AG mehr Strom mit etwa der Hälfte der in den Kraftwerken des Kombinats Braunkohle der DDR benötigten Arbeitskräfte erzeugt wurde ... Vielmehr wurden in den Kraftwerken des KBK ganze Gruppen von Berufstätigen beschäftigt und demzufolge beim Vergleich mitgezählt, die es in den RWE-Kraftwerken nicht gab. Das waren erstens die politischen Funktionäre ... Zahlenmäßig weitaus größer war eine zweite Gruppe: Im Betrieb angestellte Krippen- und Kindergärtnerinnen, im kombinatseigenen Feriendienst Tätige, Gewerkschaftsbibliothekarinnen usw. Derartige, durch das Verständnis vom sozialistischen Betrieb als sozialer Mittelpunkt der Beschäftigten im KBK vorhandene Berufsgruppen existierten im RWE-Konzern nicht. Im großen Maße galt das auch für zwei weitere Gruppen von Arbeitskräften, die im Rationalisierungsmittelbau und mit der Produktion von Konsumgütern beschäftigten Arbeitskräfte«. An diesen Fakten zeigt sich, daß es nicht nur eine grundsätzlich unterschiedliche »Unternehmenskultur«, sondern auch eine grundlegend verschiedene Gesellschaftsstruktur in beiden deutschen Staaten gab.

Daß die Energiewirtschaft von der völlig verfehlten und im Eilverfahren auf Liquidierung des Konkurrenzpotentials der DDR gerichteten Politik nicht verschont geblieben ist, zeugt folgender Vorgang: Da die Treuhand neben der Verschleuderung des Produktivvermögens der DDR gegenüber dem Finanzminister auch einmal einen Einnahmeposten vorweisen mußte, entnahm sie für den Ausweis eines möglichst hohen Verkaufserlöses für die Energiewirtschaft der DDR in Höhe von insgesamt 8 Mrd. DM rund 4 Mrd. aus dem Umlauf- bzw. den auf der Grundlage der produktiven Fonds der DDR nach der Wende erwirtschafteten Kapitalrücklagen für Amortisationen

und Erneuerung. Das heißt, den großen westdeutschen Konzernen, die 75 % des ausgewiesenen Aktienkapitals übernahmen, kostete die Einverleibung dieses bedeutenden Potentials lediglich vier Mrd. DM. Für die transformierten Energiebetriebe in den neuen Ländern entstand dadurch eine sogenannte »Investitionslücke«, die ihre Entwicklung von vornherein zurückwarf und knebelte.

Im Buch wird zusammengefaßt: »Aus heutiger Sicht betrachten leitende Mitarbeiter der DDR-Energiewirtschaft (mittlere Ebene) den damaligen Leitungsstil, insbesondere das Rapportsystem sehr kritisch. Doch in gewisser Hinsicht halten sie zentrale Steuerung und straffe Führung für notwendig. ... Insofern das Rapportsystem der technologischen Spezifik der Energiewirtschaft im allgemeinen wie der DDR-Energiewirtschaft im besonderen entsprach, wurde es von den beteiligten Leitern (nach der Umwandlung) erst einmal grundsätzlich akzeptiert.«

Für einen solch sachlich begründeten und Erkenntnisse vermittelnden Vergleich der völlig unterschiedlichen Wirtschaftsordnungen finden sich im Buch viele Beispiele.

Wenn es an diesem fundierten und gut gemachten Buch etwas zu kritisieren gibt, dann ist das der Mangel an Einordnung in die großen volkswirtschaftlichen Zusammenhänge, die allein schon durch den nicht wenig anspruchsvollen Titel herausgefordert wird. Durch die Herstellung dieses Zusammenhangs erschließen sich die Darstellung vieler Entwicklungen, Zwänge und Leistungen erst vollständig und würden wertvolle Seiten des Buches noch deutlicher hervortreten. Man erfährt nichts darüber, daß die DDR der weltgrößte Braunkohlenproduzent war und 1985 311 Mill. Tonnen förderte, daß mit Braunkohle 70 bis 75 % des gesamten Primärenergiebedarfs gedeckt werden mußte (in der BRD 11 %). Dieser hohe Anteil eines energetisch und ökologisch problematischen Energieträgers ergab sich daraus, daß die DDR über nichts anderes verfügte, und die UdSSR 1980 nach der fulminanten Erhöhung der Weltmarktpreise für Erdöl die vereinbarten Lieferungen an die DDR von 19 auf 17 Mill. Tonnen reduzierte. Die Problematik für die DDR wird in einem Interview deutlich: »Ich war der Meinung, daß man diese Rohbraunkohleheizkraftwerke, die

ich in meiner Verantwortung bauen mußte, nicht baut. Man kann nicht (Rohbraunkohle) mit 20 % Sand und 60 % Wasser von der Lausitz nach Rostock fahren, mit dieselbetriebenen Zügen, um dort Heizöl abzulösen. ... Aber das machen wir, weil arme Menschen am teuersten leben. ... Das ist keine Glanzleistung, es ist eine Not, die in irgendeiner Weise bewältigt werden mußte.«

An einer Stelle des Buches wird gesagt, daß mit Beginn der achtziger Jahre aus der Sicht der Betriebe und der Beschäftigten die wirtschaftlichen Schwierigkeiten fühlbar zunahm. Das ist richtig und entspricht den Eindrücken und der Meinung vieler Betroffener und Akteure. Es wird leider nicht der Zusammenhang hergestellt zu der Tatsache, daß in dieser Zeit eine der schärfsten und schwerwiegendsten Attacken des Kalten Krieges gegen die sozialistischen Länder, insbesondere die DDR, ablief. Nachdem sich der Erdölpreis 1980 gegenüber 1970 verdreizehnfacht hatte, der mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung auch von der DDR an die UdSSR zu zahlen war, verwirklichte die DDR ihr Heizölprogramm. Dadurch wurden aus dem bereits reduzierten Verbrauch aufgrund der Lieferabsenkungen der UdSSR noch einmal ca. sechs Mill. Tonnen Benzin, Diesel und Heizöl für den Export gegen Devisen freigesetzt. Dies ermöglichte es der DDR, der Schuldenfalle zu entkommen; ja sie wurde in dieser Zeit von den westlichen Banken geradezu als eine »sichere Adresse« gehandelt. Aber um welchen Preis? In einer gewaltigen wirtschaftlichen Kraftanstrengung wurde die bereits weltgrößte Braunkohlenproduktion innerhalb von drei bis vier Jahren von 259 auf 311 Mill. Tonnen erhöht, was den Abzug dringend benötigter Akkumulationsmittel aus anderen Bereichen erforderlich machte. Dazu kamen die steigenden Umweltbelastungen. Es wäre schon erwähnenswert, daß die Energiewirtschaft der DDR in diesen Jahren eine zwar zweiseitige, aber technisch-organisatorisch große Leistung vollbracht hat. Viele der in diesen Jahren fühlbaren inneren wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Mangelerscheinungen ergaben sich daraus, daß sich von 1980 bis 1985 die Lieferungen der UdSSR an die DDR auf 90 % verringerten, die der DDR aufgrund der gestiegenen Erdölpreise aber auf 140 % erhöht werden mußten.

Es ist ein Gewinn, daß im Buch auch Meinungen und Stellungnahmen der westdeutschen Konzernvertreter und Beauftragten, sowohl in der Beschreibung ihrer Rolle und Wirksamkeit als auch persönlicher Eindrücke in Interviews, dargestellt sind. Dies ist interessanter, teilweise fesselnder Darstellung sichtbar gemacht zu haben, ist ein großes Verdienst dieses auch sonst gut ausgestatteten Buches.

SIEGFRIED WENZEL

* Das Buch ist nicht im Handel erhältlich, sondern kann bestellt werden bei VEAG Vereinigte Energiewerke AG, Chausseestraße 23, 10115 Berlin

Ulrich Kluge:
Ökowende. Agrarpolitik zwischen Reform und Rinderwahnsinn,
 Siedler Verlag Berlin 2001,
 187 S. (18 €)

Franz Alt:
Agrarwende jetzt. Gesunde Lebensmittel für alle,
 Goldmann Verlag München 2001,
 187 S. (8 €)

Landwirtschaftsministerin Renate Künast rechnete nach ihrem Amtsantritt damit, daß es auch in den nächsten drei bis fünf Jahren BSE-Fälle in Deutschland geben werde. Im September 2002 waren in Deutschland 210 bestätigte BSE-Fälle verzeichnet. Die Dunkelziffer wird höher liegen. Vor zwei Jahren hatte das Auftreten der Krankheit zu einem Zusammenbruch des Rindfleischmarktes geführt. Heute wird fast wieder soviel Fleisch konsumiert wie vor der Krise. Also alles in Ordnung, nur noch ein paar Einzelfälle? – Der Verbraucher vergift häufig viel zu schnell. Die Liste der Skandale in der Lebensmittelindustrie ist lang. Da findet man Glykol im Wein, Salmonellen im Ei, Dioxin-Hühner wurden geortet, Nematoden tauchen im Fisch auf oder Insektizide in der Kindernahrung. Ulrich Kluge weist darauf hin, obwohl diese und andere Affären das deutsche Lebensmittelrecht in kein gutes Licht stellen, läßt die Politik nicht davon ab, es als eines der schärfsten der Welt zu loben. Doch die heutigen Strukturen in der Landwirtschaft

und der Lebensmittel verarbeitenden Industrie scheinen geradezu ein Einfallstor für Verfehlungen zu bieten, wenn man nur an die aktuelleren Ereignisse um das Unkrautvernichtungsmittel Nitrophen im Ökoweizen zurückdenkt. Der nächste Skandal kommt bestimmt.

Im Nachgang zur BSE-Krise in Deutschland erschien unter anderem das Buch »Ökowerde«, das die mangelnde Reformfähigkeit in der deutschen Agrarpolitik beleuchtet. Der Autor ist Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der TU Dresden und sammelte auch Erfahrungen als Landwirt. Das zweite hier vorgestellte Buch schrieb Franz Alt, Moderator der 3sat-Sendung »grenzenlos« und erfolgreicher Umweltautor. In seinem Band »Agrarwende jetzt« stellt er die ganze konventionelle Landwirtschaft auf den Prüfstand. Das BSE-Desaster sei nur ein Fingerzeig: Eine fundamentale Reform der Landwirtschaft stünde an.

Beide hier besprochene Agrarbücher gehen ausführlich auf die BSE-Krise ein. Die Rinderseuche kostete die EU bereits bis zum Jahresende 2000 sechs Mrd. Euro, weitere kommen inzwischen hinzu. Das Einkommen der englischen Bauern sank seit der Krise um 60 %, viele verschuldeten sich massiv, 50 000 mußten aufgeben. Über 100 Menschen starben an der Kreuzfeld-Jakob-Krankheit, die Universität Oxford schätzt, in den nächsten 40 Jahren könnten es bis zu 136 000 sein. Der britische Biologe Steven Dealer hatte als erster Wissenschaftler vor der BSE-Katastrophe gewarnt. Er meint: »Es werden sehr wahrscheinlich mehr sein«. Ulrich Kluge weist darauf hin, daß schon 1988 durch Experimente nachgewiesen worden sei, daß BSE die Speziesbarriere überspringt. Trotzdem gelangte nach wie vor ungetestetes Rindfleisch in die Geschäfte. Die britische Politik schien »blinde Kuh« zu spielen, ein Vorgang, der sich auch in anderen Ländern und auf EU-Ebene wiederholen würde.

Ebenfalls in beiden Büchern wird der extreme soziale Aderlaß des Bauernstandes thematisiert. Heute geben jedes Jahr etwa 15 000 Landwirte in Deutschland ihre Höfe auf. Seit 1950 sind das 1,1 Mill. Der bäuerliche Exodus betraf in einer Generation rund 4 Mill. Menschen. Viele wurden vom Haupterwerb Landwirtschaft in die nebenberufliche Existenz

abgedrängt. Franz Alt vermerkt, die Bauern verfügen über unterdurchschnittliche Einkommen, müssen dafür aber oft überdurchschnittlich lange und unregelmäßig arbeiten. Aufgabe für eine zukunftsfähige Landwirtschaft wäre es, den Bauern wieder zum »Kulturträger« auf dem Lande zu machen.

Eine dritte Thematik ist die hochproblematische Förderpraxis der Brüsseler Agrarbürokratie. Die EU setzt die Hälfte ihres Haushalts, das sind derzeit jährlich 60 Mrd. Mark, für die Subventionen in der Landwirtschaft ein. Franz Alt kritisiert, daß nur ein Drittel dieser Mittel beim Bauern ankommt, zwei Drittel aber Kosten seien, die durch eine verfehlte Landwirtschaftspolitik verursacht werden. Erst produziert man Überschüsse, hinterher müssen sie für viel Geld vernichtet werden. Doch was empfehlen Kluge und Alt? Wie kann die ökologische Agrarwende aussehen? Die Antworten fallen unterschiedlich bis konträr aus. Kluge meint, die Artenvielfalt könne auch durch eine nachhaltige Landwirtschaft nicht umfassend geschützt werden. Ein Hindernis bei der Einführung von Biolebensmitteln sei, normale Möhren und Eier lassen sich von ihren Bio-Konkurrenten nicht unterscheiden. Das ganze Buch über wartet man darauf, wann Kluge endlich auf die landwirtschaftliche Ökowerde zu sprechen kommt. Man wartet vergeblich. Auch im letzten Kapitel ist die Ausbeute fatal dünn. Agrarhistorischer Sachverstand kann dem Buch ohne weiteres bescheinigt werden. Jedoch der Titel »Ökowerde« ist irreführend.

Der Autor regt an, die mittelständische Landwirtschaft für die Hinwendung zu mehr Ökologie besonders zu fördern. Der mittelständische Familienbetrieb sei die beste Form für die künftige Landwirtschaft. Bei dieser Ausschließlichkeit würde Franz Alt energisch Einspruch erheben. Es spricht einiges dafür, daß er recht hat. So transformierte sich zum Beispiel die LPG »Wilhelm Pieck« zur GmbH »Ökozentrum Werratal«. Das Ackerland von drei Dörfern wird von diesem Betrieb ökologisch bewirtschaftet. Um auch im Ökosektor nicht davon abhängig zu sein, so viel wie möglich Fördergelder abzuschöpfen und danach die Produktionsstruktur auf ungesunde Weise auszurichten, setzt man in der »Öko-LPG« auf Direktverarbeitung und Direktver-

marktung. Die Lebensmittel werden vor Ort in eigenen Markthallen angeboten.

Kluge meint, der mittelständische Familienbetrieb baue wegen seiner dezentralen Produktionsstrukturen keine seuchengefährdeten Massenbestände in den Ställen auf und führe nicht zur Überproduktion. Besonders das erste Argument ist sicher kritisch abzuwägen, könnte aber durch dezentralere Viehhaltung auch im größeren Agrarbetrieb entschärft werden. Als Vorteil hinzufügen ließe sich, im Familienbetrieb sind die Arbeitenden zu hohem Anteil reelle Eigentümer. Freilich könnte es auch in einem größeren landwirtschaftlichen Ökobetrieb Miteigentümerschaft der Arbeitnehmer geben.

Franz Alt will sich nicht mit wenigen Prozenten an ökologischem Landbau zufrieden geben. Bis 2030 sollte die gesamte Landwirtschaft in zügigen Schritten auf biologischen Landbau umgestellt werden. Unser Nachbar Österreich hat hier bereits einen großen Vorsprung. Würde man in den nächsten Jahrzehnten die Landwirtschaftssubventionen nicht mehr für Flächenstilllegungen, Lebensmittelvernichtung, Schlachtorgien zur Preisstützung u. ä. verwenden, sondern dafür investieren, daß gesunde Nahrung mit ökologischen Anbaumethoden produziert wird, dann könnte die Landbauwende recht schnell in Gang kommen. Zwar lägen die Erträge beim ökologischen Landbau im Schnitt um ein Drittel niedriger, aber dies sei genau die Menge, die beim konventionellen Anbau in der EU wieder vernichtet werden müsse. Günstige Darlehen für die Bauern beim Umstieg auf die ökologische Landwirtschaft sind erforderlich. Zwiebeln sollten nicht aus Neuseeland oder Fleisch aus Argentinien eingeführt werden, ebenso wenig wie Futtermittel aus Drittweltstaaten. Ganz zu Recht prangert der Autor die globalisierten Agrarmärkte an. Dabei schädigen hochsubventionierte Agrarexporte in arme Länder oft deren Landwirtschaft, treiben die dortige Bauernschaft in den Ruin.

In Deutschland gibt es heute ungefähr 500 Professoren für Land- und Forstwirtschaft und nur etwa 1 % davon sind ökologisch orientiert. Wir brauchen ein Max-Planck-Institut für ökologischen Landbau. Lehrstühle und Studienfächer müssen auf eine zukunftsfähige Landwirtschaft zugeschnitten werden. Verbes-

serungsfähig ist die Vermarktung von Bioprodukten. Nicht nur auf dem Bauernhof, sondern auch in der Kaufhalle sollten sie erhältlich sein. Sechs Monate nach der ersten BSE-Kuh konnten in Deutschland Ökoläden ihren Umsatz um 80 % steigern. Ein Blick in die manchmal schon vorhandenen Ökoregale der Lebensmittelketten verrät: Die reale Preisdifferenz zwischen dem Ökoangebot und herkömmlichen Lebensmitteln muß kleiner werden. Allein mit Alts Hinweis auf die hohen Gesundheitskosten falscher Ernährung werden sie noch nicht zum Verkaufrenner. Würden sich jedoch die Schattenlasten der bisherigen Lebensmittelproduktion im Preis widerspiegeln, wäre dies längst erreicht. Die heutige Landwirtschaft produziert jährlich mindestens 50 Milliarden Mark volkswirtschaftliche Schäden, wie die Verseuchung der Böden und des Grundwassers mit Pestiziden u. a. Stoffen, Schäden durch Überdüngung, die Erosion auf Ackerflächen usw.

Freilich ist ein weiterer Pluspunkt für das Buch »Agrarwende jetzt«, daß die Verkehrswende, eine vollständige solare Energiewende, die Hinwendung zu nachwachsenden Rohstoffen u. ä. mit thematisiert werden. Die Landwirtschaft ist mit 10 bis 15 % am Treibhauseffekt beteiligt, so fallen bei der Tierzucht große Mengen an Methan an. Die Belastung unserer Biosphäre mit diesen enormen Risikoeffekten müssen wir versuchen, drastisch abzubauen.

Die im Kyoto-Protokoll vereinbarte Reduktion von Klimagasen weltweit wird die tägliche Treibhauslast von mehr als 100 Mill. Tonnen pro Tag nur unwesentlich vermindern. Kohlendioxid als wichtigstes Gas bleibt mehr als 100 Jahre klimaaktiv. So wird die planetare Wärmefalle unvermeidlich zuschnappen. Wir werden nicht nur solare Energieerzeugung und mehr technologische Ökoeffizienz brauchen, sondern auch eine umfassende intelligente Selbstbegrenzung.

Zwar sieht auch Alt die heutigen Ökonomien auf einem krebsartigen Wachstumskurs. Doch wir werden uns auch zu fragen haben, ob der Weg in die hochtechnisierte, personalarme Subventionslandwirtschaft nicht zu erheblichen Anteilen ein Fehler war, der uns in diesem Jahrhundert teuer zu stehen kommen wird, spätestens, wenn in der übrigen Welt ein

bis zwei Milliarden Bauern von ihren Feldern durch die Agrarkonzerne und landwirtschaftliche Hochleistungstechnik vertrieben worden sind. Die damit verbundene Landflucht wird katastrophale soziale Verhältnisse nach sich ziehen.

MARKO FERST

**Werner Pfau:
Neue Rezepte für untertäniges
Denken. Eine Kritik des Radikalen
Konstruktivismus, AStA Univer-
sität Bremen 2002, 21 S.**

Der *Allgemeine Studenten und Studentinnen Ausschuß* der Universität Bremen eröffnet mit dem Beitrag von Werner Pfau eine *Schriftenreihe zu Bildung & Wissenschaft*, die den Anspruch hat, »die Institution Universität, wie auch die in ihr betriebene Wissenschaft, einer kritischen Betrachtung zu unterziehen« (S. 3). Damit ergibt sich ein breites Spektrum wissenschaftlicher Analyse, dessen kritische Untersuchung sowohl aktuelle bildungspolitische Debatten als auch die Resultate universitärer wissenschaftlicher Arbeit umfassen soll. Den Einstieg in die Publikationsreihe leistet Werner Pfau mit seiner Kritik des Radikalen Konstruktivismus, die schnell generellen Charakter annimmt und zu einer grundsätzlichen Kritik »institutioneller Erkenntnistheorie und Wissenschaftstheorie« (S. 7) wird. Mit dieser thematisch sehr anspruchsvollen überarbeiteten Fassung eines Vortrages eröffnet der AStA Bremen sein publizistisches Projekt.

Der Gegenstand der Erkenntnistheorie ist die Wirklichkeit, die in objektiven Kriterien und Kategorien erfaßt werden soll. Der Radikale Konstruktivismus bestreitet hingegen die Möglichkeit einer objektiven, ontologischen Wirklichkeit und stellt dieser eine rein subjektive Wirklichkeitskonstruktion gegenüber (S. 14). Unter Bezugnahme auf Ernst von Glasersfeld, einen der führenden Radikalen Konstruktivisten, widerlegt Pfau in einer geistreichen und teilweise witzigen Sprache – hier macht sich der frühere Vortragscharakter des Beitrages bemerkbar – die Argumente des Radikalen Konstruktivismus und weist auf Wi-

dersprüche innerhalb dieser Theorie hin. Als Beispiel sei hier auf die »völlig ordnungslose, chaotische Welt« (Glasersfeld) verwiesen, innerhalb derer wir uns eine (subjektive) Ordnung denken können. Herrscht aber eine »völlig ordnungslose, chaotische Welt« vor, so Pfau, dann gibt es auch kein Wir, das sich eine Ordnung denken kann (S. 14). Der Radikale Konstruktivist erinnert in diesem Zusammenhang an den solipsistischen »Murphy« eines Samuel Beckett, dessen konstruiertes Sein schließlich sein Ende durch ein objektiv wirkliches und wirkendes Feuer fand. Eine bittere Erkenntnis, an der der Skeptiker Murphy nicht mehr selbst teilhaben konnte. Aber zurück zu Pfau: Dieser stellt anhand dreier Beispiele dar, was er für den Untertanengeist des Radikalen Konstruktivismus hält. Nachdem der Radikale Konstruktivismus das nach Pfau wirkliche Kriterium der Erkenntnis, nämlich wahr oder falsch, ablehnt, greift er auf die »unwirklichen«, aber theoriekonsistenten Kriterien Stabilität und Erfolg zurück, durch die er zu einer Mischung aus »Opportunismus und Idealismus« wird (S. 19). So findet sich der Konstruktivismus als eine der theoretischen Säulen der Psychologie wieder, in deren Kontext dann reale gesellschaftliche Probleme wie Arbeitslosigkeit zu persönlichen, zu subjektiven Problemen würden, die der instabilen Konstruktion der Wirklichkeit geschuldet seien (S. 20). Diese Polemik setzt Pfau fort, indem er das konstruktivistische Kriterium des Erfolgs auf ideologische Gedankengebäude anwendet und unterstellt, daß die jeweilige, ideologisch inspirierte Regierungsform in der Logik des Radikalen Konstruktivismus allein durch ihr Bestehen erfolgreich sei. Somit sei zum Beispiel auch der Faschismus erfolgreich gewesen. Und in dieser Konstruktion besteht nach Pfau der Opportunismus (S. 20). Das dritte untertänige Element der kritisierten Theorie bestünde in der intendierten Trennung von Theorie und Praxis. Die Pluralität subjektiver Meinungen führe dazu, daß von der Umsetzung einer Meinung Abstand genommen wird, da eine Umsetzung dieser Meinung einem Angriff auf die Meinung des anderen gleichkäme. Daraus folgt eine prinzipielle Trennung von Theorie und Praxis, zwischen dem Nachdenken über die Welt und dem Handeln in ihr (S. 21). Mit weitreichenden politi-

schen Implikationen: der Trennung von Gesellschaft und Staatsgewalt, der geistigen Unterwerfung der Bürger unter das staatliche Gewaltmonopol (S. 21). Somit würde der Radikale Konstruktivismus zu einer Theorie, die bestehende gesellschaftliche Mißstände beibehalte und im Gegensatz zum eigenen Namen auf konstruktive Elemente verzichte.

Insgesamt ist der Beitrag von Pfau ein interessanter Einstieg in die angekündigte Reihe des AstA der Universität Bremen. Es bleibt zu hoffen, daß sich die normative Zielstellung der Herausgeber erfüllt und »die publizierten Texte die gewünschten Diskussionen auslösen und so auf den wissenschaftlichen wie bildungspolitischen Meinungsbildungsprozeß zurückwirken« (S. 3). Von daher sei die Lektüre allen an bildungspolitischen und wissenschaftlichen Fragestellungen und Entwicklungen Interessierten empfohlen.

MARTIN SCHIRDEWAN

Elmar Altvater, Birgit Mahnkopf:
Globalisierung der Unsicherheit.
Arbeit im Schatten, schmutziges
Geld und informelle Politik,
Verlag Westfälisches Dampfboot
Münster 2002, 394 S. (24,80 €)

Die im Verwertungsinteresse der Investoren sukzessive durchgesetzte kapitalistische Globalisierung, unsere »geistige Enteignung« (Mathias Greffrath¹) schafft sich ihre Gegner. Vielfältige globalisierungskritische soziale, entwicklungspolitische oder ökologische Bewegungen einigen sich bei Aktionen und Programmen auf kleinste gemeinsame Nenner. Solche Praxis ruft nach einer kritischen Theorie der Globalisierung, zu der Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf mit ihrem bereits in 5. Auflage vorliegenden Standardwerk *Grenzen der Globalisierung* einen grundlegenden Beitrag leisteten.² Nun liegt von den beiden in Berlin lehrenden Sozialwissenschaftlern als Ergebnis eines DFG-geförderten Projekts die ebenfalls fundierte, gleichwohl leserfreundliche Pflichtlektüre *Globalisierung der Unsicherheit* vor. Unsicherheit ist die Negation von Sicherheit,

die in erster Linie als »... eine Folge der Regelhaftigkeit des Handelns, welches durch förmliche Institutionen gewährleistet wird« (S. 39), verstanden werden kann. Nutznießer von Sicherheit sind die in gesellschaftlichen oder ökonomischen Auseinandersetzungen jeweils Schwächeren. Der Abbau von Sicherheit, also die Verbreitung von Unsicherheit – mit der arbeitsmarktpolitische Begriffe wie Flexibilisierung, Liberalisierung, Privatisierung oder Deregulierung korrespondieren – dient dagegen den jeweils Mächtigeren.

Ausgehend von der Formulierung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), wird die Informalisierung der Arbeit untersucht. Den Begriff der Informalisierung übertragen die Autoren weiter auf das Geld und schließlich auf die Politik. Wie der Titel besagt, konzipiert das Autorenduo die aus Informalisierungen folgende »Unsicherheit« als Gemeinsamkeit negativer Produkte der Globalisierung. Ohne Einschränkung überzeugen die im Abschnitt »Arbeit im Schatten« zu findenden Kapitel zum Abbau von Sicherheit, der neoliberal inspirierten Informalisierung der Arbeit. Sind wir doch – Altvater/Mahnkopf illustrierend – in Deutschland seit langem Zeugen der Deregulierung des Arbeitsmarktes, neuerdings im Zeichen der Hartz-Kommission. Die entlarvende Rede von der »Ich- AG« bringt die individualisierende, die Privatisierung sozialer Risiken bezweckende Strategie auf den unfreiwillig satirischen Begriff. Indes kann nur informalisiert werden, was zuvor in Sicherheit generierende Formen gebracht wurde. Altvater/Mahnkopf erklären die historische Entwicklung zum regulierten (männlichen) Normalarbeitsverhältnis als Ergebnis der Kämpfe der Arbeiterbewegung und industriekapitalistischer Klassenkompromisse, die nun »unter dem Zwang der Globalisierung« aufgekündigt werden.

Daß der Wettkampf um die Verbilligung der Arbeit von einem führenden Industriestaat nicht gewonnen werden kann, läßt sich hier nachlesen, wird aber an den politischen Ersatz-Schaukämpfen nichts ändern. Hoffentlich wissen die Entscheidungsträger wenigstens, was sie tun und glauben nicht ernsthaft, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. »Die globale Wettbewerbsfähigkeit verlangt Produktivitätssteigerungen, und diese bedeuten, daß weniger Arbeitsplätze geschaffen (oder erhalten) als

nachgefragt werden. Informalisierung ist also *Begleiterscheinung der Strukturanpassung*, die allen Gesellschaften abverlangt wird ... Anders als die ILO ursprünglich angenommen hatte, ist der informelle Sektor also nicht eine Modernisierungsreserve, sondern ein Sektor, in den die sozialen Kosten einer Modernisierung unter den Bedingungen der globalen Konkurrenz externalisiert werden können.« (S. 155)

Während die Folgen der Arbeitsmarkt-Deregulierung verbreitet Gegenstand sozialwissenschaftlicher und/oder politischer Kontroversen sind, wird der Deregulierung des Geldes weitaus weniger Beachtung geschenkt. Dabei ist der Zusammenhang evident: »Also sind nicht nur durch Arbeit und in der Arbeit die Individuen vergesellschaftet. Geld normiert die soziale Beziehung ebenso.« (S. 181) Und es spaltet die Weltgesellschaft. »Es ist eine globale Klasse von Geldvermögensbesitzern entstanden, die wie im wucherischen Frühkapitalismus auf ›rent-seeking‹ geht.« (S. 184) Daß dabei neben »legalen« Verwertungsmöglichkeiten eben auch die Illegalität gesucht wird, belegen die Autoren an zahlreichen Beispielen wie Drogenhandel, Anlagekriminalität, Waffenhandel, Menschenhandel (Prostitution und Arbeitskräfte), Steuerhinterziehung, Kapitalflucht u. a. m., was alles Geldwäsche zur boomenden Branche werden läßt. Die Autoren konstatieren einen zeitlichen Zusammenhang des prekär werdenden Normalarbeitsverhältnisses, also der Intensivierung der Arbeitsmarkt-Unsicherheit, und dem Zusammenbruch des Weltwährungssystems, wie es unter Keynes' Ägide in Bretton Woods geschaffen worden war. Beides datiert auf die siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Diese Koinzidenz wird nicht nur zeitlich, sondern vor allem auch sachlich gesehen. Ausgehend von Krisen infolge der Deregulierung der internationalen Finanzinstitutionen und -märkte (über die, zeitgleich auf deutsch erschienen, das äußerst lesenswerte Buch des Weltbank-Insiders Joseph Stiglitz³ handelt), ergaben sich weltweit Arbeitsmarktkrisen und -katastrophen. Die fünf Kapitel des Abschnitts »Schmutziges Geld« beleuchten die Informalisierung des Geldes unter nahezu allen denkbaren Aspekten.

Während Arbeit und Geld somit überzeugend unter der Rubrik Unsicherheit abgehandelt werden, stellen sich hinsichtlich der

dritten tragenden Säule des Gesamtkonzeptes Fragen. Kann in gleicher Weise von der Informalisierung der Politik gesprochen werden? Die Deregulierung der Finanz- und Arbeitsmärkte nutzt den Verwertungsinteressen derjenigen, die über Kapital verfügen. Dies kann hinsichtlich informeller Politik nicht generell gesagt werden. So sind formelle Sicherheits- und Innenpolitik, vor allem inflationsbekämpfende Geldpolitiken als Rahmen für die ungestörte Akkumulation von Kapital geradezu unabdingbare Voraussetzungen, wohingegen die Entwertung demokratischer Entscheidungsprozesse durch die verordnete Übernahme nationaler oder transnationaler informeller Kungelrunden (vom Nationalen Ethikrat bis zum Weltwirtschaftsforum) schon eher die Globalisierungsideologie unterstützen kann. Andererseits sind nach geltenden Standards etwa Greenpeace oder Attac sowie viele Aktionen der Globalisierungskritiker auch informell. Politik ist auf allen Ebenen neben und unter ihrem institutionellen und formellen Mantel immer auch informell. Wer einmal in einem Ortsverein Positionen oder Personen durchsetzen wollte, kennt die »corner politics«.

Da auch den Autoren ausweislich ausführlicher Darlegungen im Längs- und Querschnitt geläufig ist, daß formelle Politik lediglich die sichtbare Spitze des politischen Eisberges ausmacht, erscheint die Zuordnung dieses Feldes zum Gesamtkonzept nicht völlig überzeugend. Dies, obgleich selbstverständlich andererseits die Abkehr von formellen politischen Regeln durchaus auch das Hegemoniestreben großer Kapitalfraktionen belegen kann, wenn etwa der US-Präsident unter Bruch internationaler Regeln einen Überfall auf ein souveränes Mitgliedsland der UN plant. Daß weiter etwa Korruption – die Prostitution von Politikern oder Beamten – negative informelle Politik ist, bleibt unbestritten.

FRIEDHELM WOLSKI- PRENGER

1 Mathias Greffrath: Fade Globalisierungssoße. Festrede zur Einführung des neuen Stadtschreibers von Bergen-Enkheim, Uwe Timm, in: Frankfurter Rundschau Nr. 202, 31. 8. 2002.

2 Vgl. Rezension von Reinhard Griening dazu in: *UTOPIE kreativ*, Heft 80 (Juni 1997) S. 90 ff.

3 Joseph Stiglitz: Die Schatten der Globalisierung, Berlin 2002.

Joseph Stiglitz:
Die Schatten der Globalisierung,
 Siedler Verlag Berlin 2002, 304 S.
 (19,90 €)

Nach Herman Daly, der zwischen 1988 und 1994 Chefökonom im Umweltdepartement der Weltbank war und für seine widerborstigen Schriften zu einer systemkritischen politischen Ökologie 1996 den Alternativen Nobelpreis erhielt, wird Joseph Stiglitz (Ökonomie-Nobelpreisträger von 2001) gern als der zweite bedeutende Dissident aus den ansonsten eher dem neoliberalen mainstream verpflichteten internationalen Finanzinstitutionen angesehen. Und er selbst sieht es wohl auch so.

In der Tat fällt Stiglitz mit seinem eher keynesianisch fundierten theoretischen und politischen Konzept aus dem Rahmen neoliberaler Tristesse, die heutzutage in den Chefetagen großer Konzerne und Banken zu herrschen pflegt. Nach fast drei Jahrzehnten im akademischen Lehrbetrieb reüssierte Stiglitz, der zu einer Vielzahl von wirtschaftstheoretischen Fragen gearbeitet hat, 1993 wohl auch aufgrund seiner breiten Kompetenz zum persönlichen Berater von Bill Clinton und war später von 1997 bis Januar 2000 Chefvolkswirt der Weltbank. Sein Ruf als ›alternativer Ökonom‹ verbindet sich vor allem mit seiner expliziten Kritik an den Strategien von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF). Auch der vorliegende Band befaßt sich faktisch ausschließlich mit den vielfältigen Facetten dieser Thematik – von unfairen Handelspraktiken und fragwürdigen Krisenbewältigungsprogrammen bis zu den Fehlschlägen der Systemtransformation in Rußland. Wer in erster Linie ein wissenschaftlich argumentierendes, theoretisch gesättigtes Werk erhofft hatte, wird allerdings enttäuscht. Statt wissenschaftlich fundierter Vorschläge zu wirtschaftsstrategischer Alternativen, präsentiert Stiglitz eine Art thematisch geordnetes Tagebuch, das allem Anschein nach vor allem der Selbstentlastung oder auch Rechtfertigung dient und in dem gelegentlich auch mit Eigenlob nicht gespart wird.

Genaugenommen bestätigt Stiglitz als prominenter Insider nur das, was aus dem üblichen Verhalten von IWF und Weltbank ohnehin ge-

folgt werden konnte. Beide vertreten mit ihrer bedingungslos positiven Sicht auf den Globalisierungsprozeß vor allem die Interessen des internationalen Finanzkapitals und der sogenannten Geberländer. Die »von IWF und Weltbank aufoktroierte Konditionalität« bei der Vergabe von Krediten an Entwicklungsländer beeinträchtigt nicht selten tiefgreifend »die Fähigkeit des Landes ..., seine dringlichsten Probleme anzupacken« (S. 61). Überraschend an den Schilderungen ist eigentlich nur, daß sich offenbar alles auch tatsächlich genauso verhält, wie es insbesondere Globalisierungskritiker schon seit längerem anprangern. Und die Art und Weise, wie Stiglitz dies bestätigt, macht sein Buch zu einem Dokument der Frustration.

Zwar erkennen »fast alle ..., daß irgend etwas gründlich schief gelaufen ist« (S. 18 passim) mit der Globalisierung, doch eine Kurskorrektur erweist sich als nahezu unmöglich. Dafür, daß sich nichts wirklich ändert, bürgen allein schon die Selbstimmunisierung der internationalen Finanzinstitutionen gegen jede Form von Kritik, der eigenartige Hang zu bloßen Machtdemonstrationen und nicht zuletzt die dominierende Rolle von wirtschaftlichen Sonderinteressen der USA. Neben Weltbank und IWF spielt zudem vor allem die Welthandelsorganisation (WTO) bei der Festlegung der »Spielregeln« der Globalisierung« (S 246) eine höchst problematische Rolle. Das gegenwärtige – von der WTO im Interesse der Industriestaaten erbittert verteidigte – »System des Welthandels (ist) so ungerecht, daß die ärmsten Länder nicht nur keinen angemessenen Anteil an den Früchten erhalten, sondern ... sogar schlechter dastehen als zuvor« (S. 280 f.).

Im Zentrum der Kritik steht für Stiglitz aber der IWF, wobei seine Einlassungen zu diesem Thema nicht selten auch von Kompetenzgerangel und dem deutlichen Bemühen um eine Änderung der Rollenverteilung geprägt sind. Weil die Diagnosen und Hilfsmaßnahmen des IWF durch »mangelnde Kohärenz« (S. 231) gekennzeichnet seien, plädiert Stiglitz dafür, daß sich der IWF wieder auf seinen ursprünglichen Gründungszweck – nämlich die Abwendung von Liquiditätskrisen – konzentriert, statt als eine Art von »Inkassobüro der G-7-Staaten« (S. 239) zu agieren. Die Forderung nach seiner gänzlichen Abschaffung hält er jedoch für »ziemlich sinnlos«. Denn »würde man den IWF

abschaffen, dann würde er höchstwahrscheinlich in einer anderen Form wiedererstehen« (S. 247) – also bleibt nach Stiglitz nur seine Reform.

All seine, mitunter auch fundamental kritischen Überlegungen machen jedoch den Autor noch nicht zu dem, was man als ›alternativen Ökonom‹ bezeichnen könnte. Stiglitz bleibt eher ein verzagter Keynesianer, der im Prinzip nicht über »keynesianische Standardrezepte« (S. 144) – wie »expansive Fiskal- und Geldpolitik« (S. 145) oder das klassische Wachstumsparadigma (vgl. S. 36 passim) – hinaus kommt. Auch sein Verständnis von »Globalisierung« und »Entwicklung« ist durchaus konservativ. Dies erklärt nicht zuletzt, weshalb ihm der Alternative Nobelpreis, anders als bei Herman Daly, verwehrt blieb. Es hat nur zum »ordinären« Nobelpreis gereicht – und das zu Recht.

ARNDT HOPFMANN

**Karl Marx, Friedrich Engels:
Gesamtausgabe (MEGA).**
Herausgegeben von der Internationalen Marx-Engels-Stiftung Amsterdam. Erste Abteilung, Bd. 31: Friedrich Engels – Werke, Artikel, Entwürfe, Oktober 1886 bis Februar 1891. Bearbeitet von Renate Merkel-Melis, Akademie Verlag Berlin 2002, XVI, 1440 S., 22 Abb., 2 Bde. im Schuber (168 €)

Es ist an der Zeit, den Bearbeiter eines MEGA-Bandes mehr zu rühmen als dessen Autor. Der Autor heißt immerhin Engels, und die Bandbearbeiterin »bloß« Merkel-Melis. Sie hat doppelt so viel Jahre gebraucht, um die Texte zu bearbeiten, wie deren Autor gebraucht hatte, um sie zu erarbeiten, zumal er sich in dieser Zeit auch noch mit Marxens *Kapital* herumzuschlagen und Hunderte von Briefen in vieler Herren Länder zu schreiben hatte. Der von M.-M. verfaßte Apparataband, keine Zeile zuviel, ist entschieden länger als der Textband. Und wer sich schon einmal als Bandbearbeiter versucht hat, der weiß, daß die Kärmertätigkeit von Edierenden ein schweißtreibenderes Unternehmen zu

sein pflegt als die Geniestreiche literarischer Haudegen, besonders, wenn sie eine so flotte Feder führen wie Engels als Journalist.

Die – aus der Sicht eines Bandbearbeiters – *Crux* dieses MEGA-Bandes besteht darin, daß es sich hier um kein Schwerpunktthema, sondern um die Wiedergabe von annähernd siebenzig verschiedenen Dokumenten politischer Publizistik über zumeist heterogene Gegenstände handelt, die in deutsch, englisch oder französisch und zuweilen (bei einer schwer, wenn überhaupt, durchschaubaren Arbeitsteilung) mit anderen gemeinsam, für teils zensierte, teils für zensurfreie Publikationsorgane und für einen jeweils anderen Adressatenkreis verfaßt wurden, teils aber auch in einem Entwurfsstadium stecken geblieben sind.

Es dürfte einleuchten, daß solch ein *Patchwork* zu edieren, vermehrter Anstrengung bedarf, da doch entsprechend den vorbildlichen Gepflogenheiten und Editionsrichtlinien der MEGA als einer historisch-kritischen Werkausgabe bei jedem einzelnen Dokument separat seine Entstehung, Überlieferung und Textkonstitution darzustellen, eine Zeugenbeschreibung der zugrundegelegten Handschriften, Abschriften oder Druckschriften sowie ein Varianten- und Korrekturverzeichnis anzufertigen ist, bevor dann die von Marx/Engels benutzten Quellen, die von ihnen erwähnten Personen und weniger bekannten Sachverhalte historischen, politischen, sozialen und wissenschaftlichen Charakters erläutert (wohlgemerkt: nicht kommentiert oder interpretiert!) werden.¹

Inhaltlich bietet der Band zwei umfangreichere, miteinander in einem gewissen Zusammenhang stehende Texte, nämlich die Vorarbeiten für eine (in Zeiten angekündigter Präventivkriege heute wieder einmal hochaktuelle) Broschüre über *Die Rolle der Gewalt in der Geschichte*, hier erstmals auf der Grundlage der Originalhandschriften vollständig und in chronologischer Reihenfolge wiedergegeben, sowie den seinerzeit zunächst in deutsch, englisch und russisch erschienenen und danach in weitere Sprachen übersetzten Aufsatz über *Die auswärtige Politik des russischen Zarentums*, der von Beginn an Kalamitäten aller Arten auslöste, bis auch Stalin vorübergehend seine Veröffentlichung verbot (S. 612). Ferner finden sich, um wenigstens einige Beispiele zu nennen, zehn Vorworte zu früher publizierten Arbeiten, eine weitere von Engels redigierte Übersetzung des *Kommunisti-*

schen Manifests ins Englische², auch das von ihm verfaßte »Preface« mit der umstrittenen Behauptung, daß der Grundgedanke des *Manifests* »is destined for history what Darwin's theory has done for biology« (S. 120); die Zurückweisung des Antisemitismus mit dem Schlußsatz von Engels, daß er, wenn er wählen müßte, lieber ein Jude als ein Adliger wäre (S. 251); seine Reisenotizen in den USA, jener »go ahead nation« samt Prüderie und dem Selbstwertgefühl, daß in ihr das Zeug zur größten Nation des kommenden Jahrhunderts stecke (S. 159); seine Porträtzeichnung Friedrich Wilhelms IV. als Dubiosum (S. 393); sein bekannter (wenn auch zumeist verkannter) Satz, daß er kein Marxist sei (S. 268), übrigens mit einer bissigen Ergänzungsbemerkung über diejenigen, die mit ihren naiven Selbsttäuschungen über ihre eigene Wichtigkeit glauben, einen Anspruch auf Anstellung in der Arbeiterpartei zu haben, statt sich in die Reihe der Kämpfenden einzuordnen; auch seine Bemerkung, daß wie jede so auch die Arbeiterpartei einen rechten und einen linken Flügel habe (S. 284), dürfte grade jetzt wieder ihre Bestätigung erfahren. Es sind auch Dokumente von Schlüter, Aveling, Kautsky und Bernstein (unter anderem über die Chartistenbewegung, Frankreichs Große Revolution und über »The International Working Men's Congress«) abgedruckt, die unter einer nachgewiesenen Mitwirkung von Engels entstanden sind.

Wie bei einer akademischen Edition nicht anders zu erwarten, ist die Bandbearbeiterin nicht in hagiographischer Manier vorgegangen. Sie hatte sich zwar in den Dienst des Autors und dessen heutige Leser zu stellen, aber deswegen hat sie ihre eigene Persönlichkeit samt der dazugehörigen kritischen Distanz zu bestimmten Fehleinschätzungen von Engels und zu den dogmatischen Rezeptionen, denen dessen Werk im letzten Jahrhundert ausgesetzt war, nicht verborgen. So hat sie die früher gängigen Vorwürfe, Bernstein und Kautsky seien mit den Klassikertexten des Marxismus in revisionistischer Absicht verantwortungslos umgegangen, am konkreten Objekt widerlegt. Es hätte andererseits auch keinen Sinn gemacht, die Engels-Äußerung, daß die Bourgeoisie, unfähig geworden, ihre eigenen Klasseninteressen durchzusetzen, bereits in der organisierten Arbeiterklasse ihre zur Herrschaft berufene Nachfolgerin erkenne (S. 178), interpretatorisch zurechtzubiegen.

Zu den eigenständigen Forschungsleistungen der Bandbearbeiterin zählt auch ihr vorsichtiger (mir im Ergebnis einleuchtender) Versuch, die Anteile von Engels und diejenigen von Kautsky an dem nicht aufgefundenen Manuskript zu bestimmen, das nur als anonym publizierter Aufsatz »Juristen-Sozialismus« überliefert ist (S. 1149).³

Um aber auch etwas Kritisches zu sagen: Das ungenaue Zitieren des berühmt-berüchtigten Hegel-Satzes von der Vernünftigkeit alles Wirklichen durch Kautsky (S. 484) dürfte den Originaltext wohl doch nicht bloß paraphrasieren (vgl. S. 1255).⁴ Vor allem aber steht das *Sachregister*, wie schon, leider, bei anderen MEGA-Bänden auch, hier nicht auf der Höhe der übrigen, nahezu einhundert Seiten umfassenden, nicht nur für die Benutzer dieses Bandes wertvollen Register; so bieten zwar *exempli gratia* die Engels-Texte Ausführungen über Fortschritt, Freiheitsrechte, Geschworenengerichte, Katholizismus, Kleinstaaterei, Kulturkampf, Lumpenproletariat, Marseillaise, Parlamentarismus, Unfehlbarkeit des Papstes, Verfassung, Völkerrecht und Weltmarkt; nicht jedoch finden sich diese Stichworte auf den viel zu wenigen Seiten des Sachregisters.

Das letzte Wort möge einem Gedanken des Autors (S. 66) eingeräumt sein, nachdenklich machend noch heute: Wenn Völker unterdrückt werden, könne man nicht einmal sagen, daß ihnen Unrecht geschieht – warum lassen sie sich's gefallen?

HERMANN KLENNER

1 Vgl. die von der Redaktionskommission der Internationalen Marx-Engels-Stiftung, Amsterdam, unter Leitung des unvergessenen Jacques Grandjonc erarbeiteten, die ursprünglichen Editionsrichtlinien von 1976 korrigierend weiterführenden und 1993 im Dietz Verlag, Berlin, publizierten *Editionsrichtlinien der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA)*, die ihresgleichen nicht haben und die deshalb eine Fundgrube für Editionsunternehmungen aller Art sind. Letzteres hat sich immer noch nicht herumgesprochen.

2 Eine andere (weniger gute) unter Mithilfe von Marx/Engels entstandene Übersetzung ins Englische liegt bereits im MEGA-Band I/10, S. 605-628, dazu S. 1119, vor. Bis eines fernen Tags die deutschsprachige Originalversion des *Kommunistischen Manifests* im MEGA-Band I/6 erschienen sein wird, muß man sich mit MEW-Band 4, S. 459-493, begnügen, bzw. mit: H. Förder, M. Hundt, J. Kandel, S. Lewiowa (ed.): *Der Bund der Kommunisten. Dokumente und Materialien*, Bd. 1, Berlin 1983, S. 674-703, sowie mit der von Thomas Kuczynski besorgten, bisher besten Edition: *Das Kommunistische Manifest*. Von der Erstausgabe bis zur Leseausgabe, Trier 1995.

3 Vgl. bereits Renate Merkel-Melis: »Wer schrieb den Artikel *Juristen-Sozialismus?*«, in: *Beiträge zur Marx-Engels-Forschung*, Neue Folge, Berlin/Hamburg 2000, S. 86-94; ferner: Dettel Joseph (ed.): *Rechtsstaat und Klassenjustiz. Texte aus der sozialdemokratischen Neuen Zeit 1883-1914*, Freiburg/Berlin 1996, S. 389.

4 Vgl. G. W. F. Hegel: *Grundlinien der Philosophie des Rechts 1821*, Berlin 1981, S. 81, 403.